Süddeutsche Zeitung

Verteidigung
Nur wenn es um den Wehrdienst geht, sind junge Menschen dem Staat nicht egal

25. Oktober 2026, 13:32 Uhr | Lesezeit: 3 Min.

Die Bundeswehr verschickt Fragebögen an Menschen des Jahrgangs 2008 – und nur jeder Fünfte lässt überhaupt ein „Mindestinteresse“ erkennen. Die Regierung darf darin gerne ein Statement sehen.

Kommentar von David Kulessa

Nachdem im vergangenen März ein Schüler bei Protesten gegen die Wehrpflicht ein Plakat mit „Merz leck Eier“ in die Luft hielt, leitete die Polizei Ermittlungen wegen Verleumdung und übler Nachrede ein. Die Botschaft an junge Menschen, die davon ausging, sollte man nicht unterschätzen: Der Staat, den ihr im Ernstfall mit eurem Leben verteidigen sollt, verfolgt euch wegen eines mittelmäßigen Gags über den Bundeskanzler.

Junge können mit den Parteien der Mitte immer weniger anfangen

Über zwei politische Themen wird hierzulande seit einigen Jahren besonders viel gesprochen. Das eine ist Krieg. Russlands Angriff auf die Ukraine zeigt, wie fragil der europäische Frieden ist. Die „Zeitenwende“ setzt auf Aufrüstung, um ihn zu wahren.

Das andere große Thema ist die wachsende Distanz zwischen Regierenden und Regierten. Die Politik erreiche die Leute nicht mehr, heißt es dann oft. Gerade junge Menschen können mit den Parteien der sogenannten politischen Mitte immer weniger anfangen; Wahlergebnisse zeigen es.

Erstaunlich ist, wie selten beides miteinander verknüpft wird. Dabei zeigt sich immer wieder, dass die Antwort vieler junger Menschen auf Merz’ Pläne, die Bundeswehr zur größten konventionellen Armee Europas zu machen, lautet: Nicht mit uns.

Seit Jahresbeginn schreibt die Bundeswehr alle Deutschen des Jahrgangs 2008 an. Sie sollen ihr Interesse am Wehrdienst benennen, auf einer Skala von 0 bis 10. Männer müssen antworten. Laut Verteidigungsministerium haben knapp 80 Prozent von ihnen die Null angekreuzt. Dass im Umkehrschluss jeder Fünfte ein „Mindestinteresse“ an der Bundeswehr erkennen lasse, wertet das Ministerium allen Ernstes als Erfolg.

Bis Ende September sind zudem knapp 15 000 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung gestellt worden, fast viermal so viele wie im gesamten vergangenen Jahr. Wer genau die Anträge gestellt

hat, ist nicht bekannt, aber man darf davon ausgehen, dass es in erster Linie jene waren, die ein möglicher Krieg am stärksten beträfe: junge Männer. Sie wären die Ersten, die kämpfen müssten. Sie wären es, die in besonders großer Zahl sterben würden.

Einige finden es vielleicht egoistisch, wenn Menschen nicht für ihr Heimatland kämpfen wollen Zuletzt protestierten in Berlin erneut Tausende gegen Militarisierung und Wehrpflicht: „Generation Widerstand statt Drohnenfutter“ hieß es auf einem Banner. Man kann diese Haltung für völlig übertrieben halten, schließlich geht es vorerst bloß um einen freiwilligen sechsmonatigen Wehrdienst, eine Art Grundkurs im Fach Landesverteidigung, niemand wird gleich an die Front geschickt. An welche auch? Oder man kann diese Haltung für naiv halten, weil diese jungen Männer wohl nicht begreifen, dass die Demokratie, in der sie aufgewachsen sind, manchmal verteidigt werden muss gegen Feinde von außen, etwa aus dem Kreml. Einige finden es vielleicht auch egoistisch, wenn Menschen nicht für ihr Heimatland kämpfen wollen.

Klüger wäre, diese Haltung ernst zu nehmen und zu fragen: Woher kommt sie? Wer 2026 die Volljährigkeit erreicht (hat), ist von Krisen geprägt. Als Corona begann, waren diese Menschen elf oder zwölf. Als Russland die Ukraine angriff, waren sie dreizehn oder vierzehn. Hoffnungsfrohe Debatten übers Klima dürften ihnen fremd sein. Und nur allzu verständlich wäre es, wenn sie das Wort Reform bloß als Synonym für soziale Kürzungen lesen.

Eine Demokratie, die Bürger zum Töten und Sterben zwingt, wäre ein Widerspruch in sich
Ihre Schulen sind desolat, oft sind weder Unterricht noch Toiletten so, wie sie sich das wünschen. Und der Mietmarkt in Großstädten lässt sie zweifeln, ob sie sich ein Studium überhaupt leisten können, von späterer Familiengründung ganz zu schweigen.

Auf nichts von alldem geben die Regierenden bislang angemessene Antworten. Diese Ignoranz verärgert. Zwar bleibt es auf deutschen Straßen bislang ruhig, nur vereinzelt werden Schulen blockiert, doch für kommendes Wochenende sind in gleich 23 Städten „Gen Z“-Proteste angekündigt. Viele Tausende werden erwartet. Zu den sechs Forderungen auf der Homepage der Organisatoren gehört auch ein „Nein zur Wehrpflicht“.

Natürlich wäre es auch in einem Land, in dem all diese Probleme nicht existieren, okay, den Kriegsdienst zu verweigern. Selbst für ein Land, das gar keine Probleme hat, sollte niemand gezwungen werden zu kämpfen. Es ist gut, dass Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in Deutschland ein Grundrecht ist.

Sollten die Jungen bewirken, dass die Bundeswehr ihre Ziele von 260 000 aktiven Soldaten und 200 000 Reservisten bis 2039 verfehlt, dann hätte der Staat das zu akzeptieren. Eine freiheitliche Demokratie, in der Bürger zum Töten und Sterben gezwungen würden, wäre ein Widerspruch in sich. Und ein Konstrukt, das wohl noch weniger junge Menschen zu verteidigen bereit

wären.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen für 0,99 € zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/li.3560591

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.